

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesen Informationen „KV-Intern“ geben wir euch einen kleinen Rückblick auf das Jahr 2010.

Wir als Kreisvorstand der SPD Schleswig-Flensburg sind seit dem Kreisparteitag am 12. Juni 2010 neu aufgestellt und können feststellen, dass sich unsere Zusammenarbeit sehr konstruktiv, harmonisch und vertrauensvoll gestaltet. Damit die Arbeit auf breite Schultern verteilt wird, haben wir Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen eingerichtet.

Im Jahr 2011 stehen einige wichtige Entscheidungen an. Die am 3. Dezember 2010 vorgesehene Vorstellungsrunde der 4 Kandidaten für das Spitzenamt der kommenden Landtagswahl in SH in Tarp musste aus Witterungsgründen kurzfristig abgesagt werden. Diese Veranstaltung wird nunmehr am 31. Januar 2011 in Tarp stattfinden. Dies ist die einzige Möglichkeit auf Kreisebene alle Kandidaten persönlich zu sehen und mit ihnen zu diskutieren. Deshalb sollten alle Interessierten angesprochen werden - dies gilt nicht nur für SPD-Mitglieder. Wir bitten euch um Mithilfe, bei allen Mitgliedern in den Ortsvereinen für die Teilnahme an der Briefwahl der Spitzenkandidatur zu werben. Die Briefwahlunterlagen werden Mitte Februar an alle Mitglieder verschickt.

Außerdem bitten wir euch, rechtzeitig in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 eure Jahreshauptversammlung in den Ortsvereinen durchzuführen. Nach den SPD-Statuten müssen alle 2 Jahre neue Vorstände, Delegierte für den Kreisparteitag und Delegierte für die Aufstellung der Liste für die Landtagswahl zur Landesdelegiertenkonferenz gewählt bzw. vorgeschlagen werden.

Noch eine große Bitte: Die Ortsvereine sind gehalten, bis Mitte Februar jeden Jahres ihren Kassenbericht dem Landesverband vorzulegen. Bitte erinnert eure Kassierer in den Ortsvereinen an die termingerechte Übergabe dieses Berichtes.

Wir als Redaktion des „KV-Intern“ bitten euch um eine weitere Unterstützung. Wer schnelle und ausreichende Informationen von uns erhalten möchte erhält sie über E-Mail. Bitte teilt uns daher umgehend eure E-Mail-Adressen und die E-Mail-Adressen eurer Mitglieder in den Ortsvereinen mit, die an regelmäßige Informationen von uns interessiert sind.



Aus Kostengründen ist es uns leider nicht möglich, an alle Mitglieder unser Mitteilungsblatt „KV-Intern“ zu verschicken. Wir bieten euch aber an, dass dieses Blatt im Kreisbüro in Schleswig für eure

Mitglieder abgeholt werden kann. Bitte ruft daher vor der Abholung Gerhard Schulz an, Telefon (04621) 27110.

An dieser Stelle möchte ich im Auftrag der Redaktion des „KV-intern“ und des gesamten Kreisverbandes Dir/Euch ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 2011 viel Gesundheit, Frieden und Zufriedenheit wünschen.

Euer Ralf Wrobel

Wichtige Termine:

KV-Sitzungen 2011 (immer öffentlich): 17.01., 08.02., 14.03., 05.04., 09.05., 06.06., 05.09., 04.10., 08.11., 06.12.

18.01.2011: KV-Veranstaltung „Problematik Kernwegenetze und Biogasanlagen – wo drückt uns der Schuh?“ im Hotel/Restaurant Steinberger Hof in Steinberg

20.01.2011: AfA-Mitgliederversammlung im Jäger's Ruh in Steinfeld

31.01.2011: Kandidatenvorstellung Spitzenamt in SH in Tarp

17.02.2011: Zweites Treffen mit den Ortsvereinen im Amt Langballig und Stadt Glücksburg; eventuelle Fusionen von Ortsvereinen

09./10.04.2011: Ordentlicher Landesparteitag in Husum

21.06.2011: Kreisparteitag

SPD KV-INTERN

Unter neuen Vorzeichen

von Ulrike Rodust, MdEP



Als Europapolitikerin eine erste Bilanz des Jahres 2010 zu ziehen, bedeutet zurückzublicken auf einen Arbeitszeitraum, der durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages unter völlig neuen Vorzeichen stand. Der neue Grundlagenvertrag hat den Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments besiegelt: Mit entsprechendem Selbstbewusstsein ging das EP zu Beginn des Jahres in die Anhörung der neuen Kommissare und auch der Rat hat in den vergangenen Monaten des Öfteren merken müssen, dass das Parlament die gestiegene Verantwortung gerne annimmt. Vieles von dem, was an ersten Schritten hin zu einer sinnvolleren Gestaltung der Finanzmärkte in der letzten Zeit gemacht worden ist, wäre sicher ohne die Hartnäckigkeit des Parlaments nicht erfolgt.

Dass das so genannte Mitentscheidungsverfahren nun der Regelfall ist, hat auch meine tägliche Arbeit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Fischereiausschuss verändert. Das EP ist in beiden Bereichen, die ja besonders mit schleswig-holsteinischen Interessen verknüpft sind, nun gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union.

Als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und ländliche Räume und als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion bin ich so unmittelbar mit den in beiden Bereichen anstehenden Reformen befasst: Mit 56 Milliarden Euro im Jahr macht die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik rund 40 Prozent des EU-Haushalts aus. Doch die bisherige Regelung, wie diese Mittel verteilt werden, läuft 2013 aus. Es geht also um viel Geld, auch für Schleswig-Holsteins Landwirte. Ent-

sprechend heiß wird die Diskussion um die anstehende Reform derzeit geführt.

Den meisten Beteiligten scheint inzwischen klar geworden zu sein, dass ein leicht angepasster Status quo nicht reichen wird, um 500 Millionen Europäer mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Produkten zur versorgen, ohne dabei die Interessen des Klimaschutzes und der Biodiversität außen vor zu lassen. Bei der anstehenden Reform ist mir wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichem Nutzen entlohnt werden: Eine Ausrichtung der Zahlungen an erbrachten Leistungen – etwa dem Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden – ist meiner Ansicht nach der einzig gangbare Weg. Denn: Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass hier Mehrwert für die Allgemeinheit entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, lässt sich die nötige Akzeptanz für die gemeinsame Agrarpolitik erreichen. Ein freiwilliges Vertragssystem, bei dem die Höhe der Mittel an das Erfüllen festgelegter Standards gekoppelt ist, ist hier sicher die beste Lösung: Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben ein entsprechendes Modell vorgestellt und die Vorstellungen der Kommission scheinen in eine ähnliche Richtung zu gehen.

Auch die Fischereipolitik ist mitten in der Reformdebatte: Hier gilt es wirksame Maßnahmen gegen die Überfischung durchzusetzen und die in vielen Mitgliedsstaaten der EU immer noch vorhandenen Überkapazitäten der Fischereiflotten zu reduzieren. Gezielt gefördert werden sollte zukünftig die kleine Küstenfischerei und nicht die großen Trawler. Viel zu tun also auch noch für die nächsten Jahre: Meine Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament und ich haben hier auch für 2011 noch eine große Fülle an Gestaltungschancen.

SPD KV-INTERN

Ein verlorenes Jahr

von Sönke Rix, MdB



Vor etwas mehr als einem Jahr ist das selbsternannte Traumpaar, die schwarz-gelbe Bundesregierung angetreten, die Politik in Deutschland zu verändern.

Dem Höhenflug folgte schnell eine Bruchlandung: Keine Regierung vorher hat so schnell das Vertrauen verspielt. Die Bundesregierung hat sich auf die Befriedigung der Interessen ihrer Klientel beschränkt. Beispiele:

Mit ihrer Gesundheitsreform wälzen CDU/CSU und FDP Kostensteigerungen künftig allein auf die Versicherten ab. Die Krankenversicherungsbeiträge sollen von 14,9 auf 15,5 % steigen, hinzu kommen Zusatzbeiträge, die allein die Versicherten tragen müssen. Das ist der Einstieg in die ungerechte Kopfpauschale. Und obwohl bei uns die Arzneimittelpreise um 50 bis 60 % über dem europäischen Durchschnitt liegen, verhindert die Regierung mehr Wettbewerb.

Schwarz-Gelb zieht keine Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Regierung hat international keinen Druck gemacht, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, mit der kurzfristige Spekulationen unterbunden werden können. Auch nationale Lösungen hat sie bestenfalls halbherzig vorangetrieben. Stattdessen gönnen sich Bankmanager, die Milliarden verzockt haben, schon wieder Bonuszahlungen in Millionenhöhe. Mit ihrem „Sparpaket“ belastet die Regierung vor allem Arbeitslose und Wohngeldempfänger. Die Besser- und Bestverdienenden werden geschont, obwohl sie am meisten von den Finanzspekulationen profitiert haben.

Wirksamstes Mittel gegen Lohndumping ist der gesetzliche Mindestlohn, wie es ihn in fast allen EU-Ländern gibt. CDU/CSU und FDP blockieren ihn noch immer. Damit handeln sie gegen jede ökonomische Vernunft, denn faire Löhne fördern die Kaufkraft und stärken die Wirtschaft. Leiharbeit wird immer häufiger als Instrument für Tariffucht und Lohndumping missbraucht. Derzeit wird jede dritte Stelle in Deutschland mit Leiharbeitern besetzt. Schwarz-Gelb hat bislang nichts unternommen, um Leiharbeit zu regulieren und das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Schwarz-Gelb will sogar eine Verlängerung von befristeten Verträgen durchsetzen und die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik um zwei Milliarden Euro kürzen.

Statt wie versprochen das Elterngeld auszuweiten, kürzt Schwarz-Gelb bei Gering- und Normalverdiener-Familien. Familien mit 2.000 Euro netto haben künftig 480 Euro pro Jahr weniger. Langzeitarbeitslosen streicht Schwarz-Gelb das Elterngeld sogar ganz. Da aber der Höchstbetrag für das Elterngeld gleich bleibt, haben reiche Familien keine Einbußen. Statt Kinder von klein auf besser zu fördern und den Ausbau von Kitas voranzutreiben, will Schwarz-Gelb ab 2013 ein Betreuungsgeld von 150 Euro für Familien zahlen, die ihr Kind nicht in den Kindergarten schicken. Bei der Neuregelung von Arbeitslosengeld II hat Schwarz-Gelb für Kinder eine Nullrunde beschlossen. Das zusätzliche Bildungspaket ist völlig unzureichend.

Die Regierung will die Restlaufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke bis zu 14 Jahre verlängern, in Einzelfällen können AKWs noch länger laufen. Mit dieser Entscheidung spült Schwarz-Gelb den vier großen Stromkonzernen rund 58 Milliarden Euro Zusatzgewinn in die Kasse. Die Sicherheitsrisiken bleiben bestehen, die Endlager-Frage bleibt weiter ungeklärt. In geheimen Zusatzverhandlungen zum Energiekonzept hat Schwarz-Gelb der Atom-Lobby u.a. Abstriche bei der sicherheitstechnischen Nachrüstung von AKWs zugesagt, falls diese zu teuer werden. Verlierer schwarz-

SPD KV-INTERN

gelber Atompolitik sind die erneuerbaren Energien können.

Steuergeschenke der Bundesregierung an Hoteliers und andere verschärfen die Finanznot der Kommunen. Hier fehlt das Geld, um den Ausbau von Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen voranzutreiben und das soziale Lernen von Kindern bestmöglich zu fördern. Gelder für notwendige Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden gekürzt und so die Qualifizierung von Arbeitskräften verhindert. Die Bundesregierung kürzt massiv bei der Städtebauförderung und setzt so erfolgreiche Programme wie die „Soziale Stadt“ aufs Spiel. Damit befördert Schwarz-Gelb die soziale Spaltung vor Ort.

Diese Koalition hat keine Leitidee, keine Orientierung und keine übergeordnete Vorstellung von Gemeinwohl. Die vergangenen zwölf Monate sind ein verlorenes Jahr für Deutschland.

SPD stärkt den Landesteil Schleswig

Haushaltsdebatte im Landtag

„ Sternstunde“ ??(Zitat Ministerpräsident) - wohl eher der Stoff für eine apokalyptische Mondfinsternis...

Koalition des Aufbruchs?

Das war gestern, in Wahrheit zeigte sich im letzten Jahr und besonders im Rahmen der Haushaltsdebatte, dass die CDU/ FDP Regierung eher eine Koalition des Abbruchs ist. In seltsam zerstörerischer Art und Weise wird blind den Vorschlägen einer willkürlich zusammengesetzten 5er Runde gefolgt. Kurzfristig aufkeimende Unzufriedenheitsäußerungen einzelner örtlicher Abgeordneter werden mit sehr durchsichtigen Argumenten zum Schweigen gebracht.

Die Auswirkungen sind verheerend:

Sozialer Kahlschlag im Land ist die Folge, jedenfalls da hält der Ministerpräsident Wort, der in seiner Regierungserklärung meinte: „Wohlfahrt kann erdrücken“. Kürzung der Sozialverträge um 30%, Landesblindengeld um die Hälfte gekürzt. Einzelne Einrichtungen bekommen von jetzt auf gleich gar kein Geld

mehr und müssen und das alles ohne, dass man mit den Betroffenen überhaupt geredet hat.

Die zwei, trotz vorhandenen zuständigen Ministerien, zusätzlich geschaffenen Beauftragten für Mittelstand und Integration, scheinen keine Rolle zu spielen. Auch die Zustimmung der Landesregierung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat dem Land durch die Steuergeschenke für Hoteliers und reiche Erben etwa 130 Millionen € gekostet.

Tja, Wohlfahrt kann erdrücken, Lobbyarbeit anscheinend nicht.



Die Schulpolitik von Minister Klug ist die Rolle Rückwärts in die Mottenkiste von gestern.

Es war vielleicht handwerklich nicht alles gut, was wir in unserer Regierungszeit auf den Weg gebracht haben, aber inhaltlich ist es richtig die Kinder gemeinsam lernen zu lassen und entsprechend Förder- und Förderbedarf anzubieten. Deshalb sollten wir den Schulen die entsprechende Arbeitsruhe geben, Fehler zu erkennen und diese dann gemeinsam zu beheben. Aber nach jedem Regierungswechsel einen Wechsel in der Schulpolitik herbeizuführen ist gegenüber Schülern, Eltern und Lehrern verantwortungslos.

Das Einkassieren des gemeinsamen beschlossenen 3. beitragsfreien Kindergartenjahres bei gleichzeitiger Einführung einer finanziellen

SPD KV-INTERN

Belohnung, wenn Eltern ihre Kinder zu Hause behalten, zeigt dass CDU/FDP Uhren rückwärts laufen. Der frühkindliche Besuch einer Kita stärkt nicht nur die Bildungschancen sondern auch die sozialen Kompetenzen von Kindern, die wir unter Umständen später teuer wieder korrigieren müssen.

Das Unwort des Jahres 2010: Alternativlos!

Wenn Politik sich mit diesem Totschlagargument zurückzieht stellt sie sich selber ein Armutszeugnis aus. Auch wir haben unsere Vorschläge für einen Haushalt vorgebracht. Auch wir bekennen uns zur Haushaltskonsolidierung, auch wir wollen sparen. Und auch wir haben Kürzungen in vielen Bereichen vorgeschlagen, die uns weh tun werden, weil es Bereiche sind, die wir für wichtig halten. Aber nur sparen reicht uns eben nicht.

Wir brauchen neben einem sozial ausgewogenen Sparkonzept, eine Verbesserung der Einnahmeseite z. B der Grunderwerbsteuer und der Überarbeitung der Mehrwertsteuersätze und weiterhin gilt für uns starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache!

Außerdem schlagen wir Strukturveränderungen in vielen organisatorischen Bereichen vor z. B. der Abbau von bürokratischen Doppelstrukturen, Bürgernähe dort wo notwendig, vieles kann auf Grund von modernen Kommunikationsformen aber auch neu organisiert werden.

Wir werden in Bildung und Klimaschutz z.B. an öffentlichen Gebäuden investieren und wir planen weitere Sozialverträge für Familien-, Senioren- und Jugendarbeit in Absprache mit den Dachverbänden, um soziale Netzwerke zu sichern und ihnen vor allem Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum zu geben. Auch Ehrenamt braucht Strukturen um die vielfältigen Aufgaben, die im sozialen Bereich geleistet werden.

Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse auf den Kreis SL FL mit den Stimmen der örtlichen Abgeordneten Johannes Callsen, Heike Franzen, Petra Nicolaisen, Susanne Herold (alle CDU) und Peter Brodersen (FDP):

Die Vorschläge der CDU-FDP - Regierung belasten den Norden überproportional stark und lassen neben der sozialen Verantwortung auch eine regionale Ausgewogenheit vermissen.

- Kürzungen für die Schulen der dänischen Minderheit von 100% auf 85 % der öffentlichen Schülersätze, damit wird die Minderheitenpolitik in die 70iger Jahre zurückkatapultiert.

- Belastung der Eltern bei den Schülerbeförderungskosten

Der Zugang zu weiterführenden Schulen, darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, das betrifft besonders einen Flächenkreis wie Schleswig Flensburg.

Weitere Kosten für z.B. das 3. Kindergartenjahr, die die Regierung wieder eingeführt haben, treffen besonders die Familien stark.

Da die Dachverbände außer in wenigen Fällen selbst über die Zuwendungen entscheiden, ist es z. Zeit nicht möglich genau aufzulisten, welche Bereiche stark betroffen sein werden. Neben den bereits aufgeführten



sind auch die Selbsthilfeeinrichtung z.B. KIBIS, die Familienbildungsstätten in Schleswig, Kappeln und Flensburg, Frauenberatungsstellen, die Jugendarbeit, der Bereich der Eingliederungshilfe, also die Werkstätten in vielen Bereichen von Kürzungen betroffen.

Die Schließung von „Frau und Beruf“ und Zimticken sind geplant bzw. schon geschehen.

Die Zukunft des Landestheaters muss gesichert werden. Die SPD stellt den Antrag, dass die Theaterfinanzierung 2011 und 2012 jeweils aus Mitteln des FAGs um 2% steigt. Das hat CDU/ FDP abgelehnt.

Eine Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg wird es mit uns nicht geben, weil

SPD KV-INTERN

die Wirtschaftlichkeit der Schließung durch das Justizministerium nicht nachgewiesen ist. Durch einen kurzfristigen Antrag verschiebt die CDU/ FDP eine Änderung in 2012, alles was nicht negativ haushaltsrelevant ist, kann trotzdem durchgeführt werden, also auch die Schließung.

Auch die Grenzverbände sind stärker belastet, weil sie als Träger von verschiedenen Angeboten von mehrfachen Kürzungen bedroht sind. Die geplante Schwerpunktsetzung der Regierung in Zusammenarbeit mit Dänemark im Bereich der festen Fehmarn Belt Querung lässt den nördlichen Landesteil in verantwortungsloser Art und Weise auf der Strecke bleiben. Wir brauchen eine dauerhafte und ständige Zusammenarbeit mit dem südlichen Landesteil von Dänemark als direkten Partner, wenn wir uns auch weiterhin als Region behaupten wollen und um Arbeitsplätze zu sichern.

Dazu gehören auch die grenzüberschreitenden Studiengänge an der Universität in Flensburg mit der Syddansk Universität, die wir auch weiterhin stärken wollen. Hier setzt die Regierung auf private Finanzierungshilfen.

Für die sozialen Einrichtungen und Verbände planen wir weitere Sozialverträge, so dass Planungssicherheit für die Einrichtungen über Jahre herrscht. Die Schließung von Einrichtungen wie z. B. den Schleswiger Mädchentreff Zimticken, zeigt, wie wichtig diese Planungssicherheit ist, auch wenn Strukturdiskussionen nicht verboten sein dürfen.

Allerdings ein Gutes hat die diese respektlose Politik von CDU/ FDP: die Menschen sind wacherüttelt und aufmerksam geworden, beteiligen sich in unzähligen Protestaktionen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gegen diese unsoziale und wenig durchdachte Politik, die angeblich für die Kinder von Morgen die Zukunft sichern will, dabei aber die Kinder von heute vergisst.

Für unsere Arbeitsschwerpunkte

Birte Pauls :

Als Sprecherin für Pflege und Minderheiten habe ich im letzten Jahr sehr viele Aktionen gemacht. Natürlich waren minderheitenpolitisch die Haushaltsberatungen wichtig.

Im Bereich Pflege habe ich zig Einrichtungen hier im Kreis und auf Landesebene besucht, einige Landtagsinitiativen z. B. im Bereich Ausbildung gestartet und stehe im ständigen Austausch mit den Fachverbänden. Wir müssen auch weiterhin nicht nur am Image sondern auch an den Rahmenbedingungen in der Pflege arbeiten, um diesen Beruf und die Versorgung der immer älter werdenden Generation auch auf dem Lande zu sichern. In den Diskussionen habe ich erlebt, dass ist gut ist, die entsprechende praktische Erfahrung als Krankenschwester mitzubringen.

Allerdings, ein Gutes hat die diese respektlose Politik von CDU/ FDP: die Menschen sind wacherüttelt und aufmerksam geworden, beteiligen sich in unzähligen Protestaktionen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gegen diese unsoziale und wenig durchdachte Politik.

Lothar Hay:

Biogasnutzung nachhaltig sichern

Die Landwirte in Schleswig-Holstein haben in den vergangenen Jahren einen neuen Erwerbszweig entdeckt, die erneuerbaren Energien. Das Erneuerbare - Energien – Gesetz (EEG) macht es möglich. Windenergieanlagen, Photovoltaik und Biogasanlagen gehören heute zum Bild des ländlichen Raumes.

Insbesondere Biogasanlagen stehen in der Kritik wegen der vorrangigen Verwendung von Mais, dessen Anbau sich in Schleswig-Holstein erheblich vermehrt hat. Die enorme Ausweitung der energetischen Nutzung von Biomasse hat jedoch auch deutlich wachsende Auswirkungen auf die Landnutzungssysteme und regionale Stoffströme, mit Konsequenzen für Anbauflächen, Kulturlandschaften, Landschaftsfunktionen und auf die Regionen insgesamt. Das gilt ebenso für den Transport und die Aufbewahrung, Lagerung, Energieproduktion und Reststoffverwertung.

Die zunehmend kritischen Stimmen, nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch aus wissenschaftlichen Fachkreisen, mahnen eine Nachhaltigkeitsstrategie und wissenschaftliche Untersuchungen für den Betrieb von Biogasanlagen an. Bei der Erzeugung von Biogas

SPD KV-INTERN

müssen die Ziele Klima- und Naturschutz, Wirtschaftlichkeit sowie soziale Belange gleichermaßen berücksichtigt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sind die vorhandenen Rechtsmöglichkeiten, insbesondere Bau- und Planungsrecht, danach auszurichten, zu optimieren und zu erweitern. Auf der Ebene der Landesplanung ist der Bereich Energie aus Biomasse zu integrieren und fortzuschreiben, ähnlich wie bei der Windenergie. In den Regionalplänen sind Standorte für Bioenergieanlagen auszuweisen, die Vor- und Nachteile abwägen und rechtssicher sind. Vorzuziehen sind dezentrale Standorte für Kleinanlagen im Nahbereich, die möglichst in Gewerbegebieten oder Mischgebieten vorzusehen sind.

Bei der Anlieferung der Rohstoffe dürfen keine unzumutbaren Verkehrsbelastungen für die Anlieger entstehen. Es sind Forschungsaufträge zu vergeben, die gezielt eine Nachhaltigkeitsstrategie (Ökobilanz) für die Gewinnung von Biogas fortentwickeln.

Der Weg zu Maismonokulturen ist ein Irrweg. Die bei der Verstromung entstehende Wärme wird meistens in die Luft geblasen, statt sie für die Nahwärmeversorgung zu nutzen.

Gentechnik - Hoffnung für die Zukunft oder unkontrollierbare Risiken?

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass beim Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) Abstände zu gentechnisch freien Flächen einzuhalten sind und dass bei Verunreinigungen derjenige zum Schadenersatz verpflichtet ist, der die GVO einsetzt. Durch Wind und Bienen werden Pollen kilometerweit getragen. Auf herkömmliche Pflanzen werden die veränderten Gene übertragen. Einige Gentechnikpflanzen produzieren Gift, welches Lebewesen schadet und sich im Boden und im Wasser anreichert. Es gibt keine Langzeitstudien, welche Wirkung Gentechnikpflanzen auf den Menschen haben. Die Patente für Gentechnikpflanzen haben große Konzerne, das Saatgut dieser Pflanzen zu vermehren, ist eine strafbare Handlung. Gentechnisch veränderte Pflanzen erhöhen die Abhängigkeit der Landwirtschaft von ganz wenigen Großkonzernen. Immer wieder wird

von den Gensaat-Multis behauptet, Gentechnikpflanzen seien neue Wundermittel gegen den Hunger auf der Erde. Die Nachweise blieben die Multis bisher schuldig.

Die Risiken beim Einsatz von Gentechnikpflanzen sind unüberschaubar, deshalb muss den Mitgliedsländern der EU zugestanden werden, den Einsatz dieser Pflanzen zu verbieten. Wir wollen ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein!

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in ein politisch erfolgreiches, aber hauptsächlich gesundes neues Jahr!

Birte Pauls und Lothar Hay



Bürgerbüro von Birte Pauls

Im Januar 2011 wird Birte Pauls in der Königstraße 4 in Schleswig ihr Bürgerbüro eröffnen und wünscht sich, dass dort ein lebendiger Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik stattfindet. Dazu werden Bürgersprechstunden eingerichtet.

Informationen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kreis SL-FL (AfA)

Seit dem Kreisparteitag am 12. Juni 2010 haben sich auch bei der AfA des Kreises Schleswig-Flensburg personelle Veränderungen ergeben.

SPD KV-INTERN

Am 5. September 2010 fand eine Mitglieder-versammlung der AfA Schleswig-Flensburg statt. Der neue Kreisvorsitzende, Ralf Wrobel, eröffnete in seiner Funktion als Kreis-AfA-Vorsitzender die Versammlung. Ein neuer Vorstand wurde gewählt. Ralf Wrobel stand für die Position des AfA-Kreisvorsitzenden



nicht mehr zur Verfügung. Auf seinen Vorschlag hin wurde Peter Casper zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Vorstand wird komplettiert von

Reinhard Vieth, als dessen Stellvertreter, sowie von Anne Marxen, die den Bereich Schriftführerin und Internetauftritt wahrnimmt. Als Beisitzer werden Hanna Hansen, Herman Diederichs, Holger Grothegut, Jürgen Klose und Volker Knoll gewählt.

Peter Casper strebt eine engere Kooperation und einen intensiveren Austausch mit den Gewerkschaften an. Bereiche wie Rente mit 67 und generelle Arbeitnehmerfragen stehen hier auf der Agenda.

Zusammen mit der AfA Flensburg fand eine Veranstaltung am 6. Oktober im „Weiche Huus“ in Flensburg statt. Der stellvertretende AfA-Bundesvorsitzende Klaus Barthel konnte hierfür gewonnen werden. Mit dem Thema „Gute Arbeit – Sicherheit – Mitbestimmung, Auswirkungen der Berliner Politik auf die Arbeitsplätze der Region“ wurde ein aktuelles Thema aufgegriffen, und Klaus Barthel informierte und referierte in gewohnt guter Art und Weise zu dem Thema.

Auch im neuen Jahr wird es wieder Veranstaltungen der Kreis-AfA geben. Zunächst steht aber eine AfA-Mitgliederversammlung am 20. Januar 2011 an, bei der die Delegierten für die AfA-Landeskonferenz, die am 26. März 2011 in Eutin stattfinden wird, gewählt werden sollen.

Aktivitäten der AG 60 plus

www.spd-flensburg.de/AG60plus

Die AG 60 plus vertritt die Älteren ab 60 Jahren unter den Parteimitgliedern der SPD. Jedes Parteimitglied, das dieses Alter erreicht hat ist automatisch Mitglied in dieser AG.



Viele unserer Mitglieder sind ehrenamtlich in den verschiedensten Organisationen engagiert (Flensburger Tafel, AfA, DRK, Hilfe für Jugendliche, etc.)

Wir wollen: Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden.

Die Mitglieder des Vorstandes sind: Vors. Uwe Langholz, Flensburg, stellv. Vors. Erika Wolletz, Kappeln, stellv. Vors. Hans Christian Biermann, Busdorf und 6 Beisitzer: Karla Plenk, Hürup; Renate Callesen, Harrislee; Hermann Jobben, Glücksburg; Harald Schacht und Werner Krämer, Kappeln; Udo Meyer, Sterup

Unsere Ziele sind: Selbstbestimmtes Leben ermöglichen, Identität mit dem eigenen Alter fördern, unsere Lebenserfahrung in gesellschaftliche Entscheidungen einbringen, ehrenamtliches Engagement fördern und Vereinsamung entgegenwirken.

Seit dem Kreisparteitag am 12. 6. 2010 in Schaalby haben wir in diesem Jahr noch fünf Veranstaltungen gehabt. **Am 17. Juni 10** hielt Dr. Ekkehard Krüger einen Vortrag über „Barrierefreies Leben“ für uns in **Flensburg** („Junge Harmonie“). Dabei wurden uns die Augen geöffnet für all die Hindernisse, die wir – solange wir noch gut mobil sind – gar nicht als Hindernisse wahrnehmen, die aber einem Rollstuhlfahrer oder Blinden oder jemandem

SPD KV-INTERN

der einen Rolator benutzen muss sehr zu schaffen machen. Das beginnt in der Wohnung mit schwellenlosen Türen, die aber auch so breit sein müssen, dass ein Rollstuhl durchpasst. Über das Treppenhaus, den Hauseingangsbereich erstrecken sich die Probleme bis hin auf den Straßenbereich im Ort. Hinzu kommen die Probleme mit den Preisschildern im Supermarkt, der neuen Technik, sei es Fahrkartenautomat, Handy oder dgl., die mehr und mehr alle betreffen.

Auf der Versammlung in **Kappeln am 14. Juli 10** berichtete der Fraktionsvorsitzende der SPD – Kreistagsfraktion Ingo Degner über die Probleme mit der NOSPA, der Fördelandtherme in Glücksburg und dem möglichen Neubau eines Krankenhauses in Schleswig und hielt ein kleines Referat über Finanzierung von Privatschulen.

Mit unserer Versammlung am **1. September 10** in **Jagel** wollten wir die kleineren Ortsvereine ein wenig beleben. Allerdings blieben wir bis auf den Vors. von Jagel Horst Damm leider „unter uns“. Es wurden zwei Anträge für den Landesparteitag am 11. 9. 10 in Kiel vorbereitet (Themenbereiche Bildung und Verkehr). Weiterhin wurden für die Landeskonzferenz der AG 60 + in Neumünster die Delegierten gewählt. Ein sehr erstes Thema war der Besuch von einigen Vorstandsmitgliedern bei der Flensburger Tafel. Die gewonnenen Eindrücke stimmten alle äußerst bedenklich.

Auf der **Landeskonzferenz der AG 60 plus am 22. September in NMS** wurde im Zuge der Neuwahlen unsere stellv. Vors. Erika Wolletz, Kappeln als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Damit ist unser Kreis Flensburg-Schleswig wieder im Landesvorstand vertreten. Die Landeskonzferenz stand unter dem Motto „Altern im 21. Jh.“ Dementsprechend wurden auch neun Anträge eingebracht, intensiv diskutiert und teilweise verabschiedet.

Am 2. Oktober 2010 betreute Uwe Langholz eine Besucherguppe aus Kiel Gaarden dem Wahlbezirk des MdL Bernd Heidemann in der Stadt Flensburg. Uwe Langholz machte mit den 80 Teilnehmern eine Stadtbesichtigung anschließende eine Führung in der Flensburger Brauerei mit Mittagessen. Den Abschluss

bildete eine Kaffeetafel im Restaurant Bellevue. Die Teilnehmer waren von diesem Ausflug und der Betreuung begeistert.

Uwe Langholz gab Berichte über die Landeskonzferenz der AG 60 plus sowie über den Landes- und Bundesparteitag in der Mitgliederversammlung am **13. Oktober 10 in Glücksburg**. Des weiteren erklärte er das Prozedere für die Auswahl des SPD – Spitzenkandidaten für die kommenden Landtagswahl.

Die vorletzte Mitgliederversammlung für 2010 fand in **Dollerup/Streichmühle am 10. November** statt. Nach einem klärenden Gespräch mit dem Kreisschatzmeister Ingo Obst über die Handhabung der Finanzen, einem Bericht von Erika Wolletz über ihre ersten Teilnahme an der Landesvorstandssitzung der AG 60 plus sowie einer Diskussion über die Behandlung des SPD – Standes bei der Aktion „Flensburg aktiv“ beendeten wir die Versammlung mit einem leckeren Grünkohllessen.

Christian Biermann, stellv. Vors. der AG 60 plus Kreis Flensburg-Schleswig, 04621-32723, christianbiermann@web.de
www.meineSPD.net



Die vergangenen Monate in der SPD waren stürmisch und dies ist auch an der Parteibasis zu spüren. Mit den durch das Landesverfassungsgericht beschlossenen vorgezogenen Neuwahlen bis spätestens zum 31.09.2012 ist es bei den Parteimitgliedern der SPD im Februar des anstehenden jungfräulichen Jahres 2011, einen sozialdemokratischen Spitzenkandidat zu bestätigen welcher dem Ruf eines ‚Machers‘ gerecht wird.

Zurecht stellt man sich nun die Frage: „Was macht einen sozialdemokratischen Macher aus?“

- Sind es die politischen Inhalte?

SPD KV-INTERN

- Ist es das Potential zur außenwirksamen Darstellung?
- Sind es die Synergien die ein Kandidat durch seine Handlungen in der Partei hervorruft?
- Oder sind es gar politische Strömungen die den ‚Macher‘ hervorbringen?

Die Jusos SL-FL können keine explizit richtige Antwort auf diese Frage finden.

Dennoch ist uns als junge Sozialdemokraten in der SPD im Kreisverband SL-FL eines deutlich ersichtlich. Wir sind als Teil der SPD Sozialdemokraten. Genau wie die Kandidaten um die Spitzenkandidatur in der SPD.

Diesem Fakt ist in Vergangenheit häufig der Rücken gekehrt worden. Vielleicht ist es gar nicht so wichtig was für eine Außenwirkung ein Kandidat hat. Vielleicht ist es gar nicht so wichtig ob man sich nun als Seeheimer-Sympathisant oder im linken Flügel sieht. Vielleicht ist die Rückbesinnung auf die Einheit der einzelnen Parteimitglieder im Zeichen einer gerechten und innovativen Sozialdemokratie der springende Punkt.

Diese sozialdemokratische Einheit fängt in den Ortsvereinen an und hört (in unserem regionalen Falle) eigentlich im Landesverband auf. Umso schöner ist es, wenn diese sozialdemokratische Einheit auch über die Landesgrenzen hinaus funktioniert. Die Berlinfahrt der Jusos SL-FL mit dem Hamburger Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs stellt so einen Umstand dar.

Solidarität ist ein Kernbegriff der Sozialdemokratie. Es bedeutet die Rücksichtnahme auf den Nächsten und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln. Des Weiteren bedeutet solidarische Handeln die Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft.

Dieser Begriff ist im Sinne der Jusos SL-FL auch auf die SPD intern anzuwenden. Nur wenn dieses empfinden im Bewusstsein der Mitglieder verankert wird, kann und wird sich die SPD aus ihrem Tränental entsteigen und sich von ihren Selbstzweifeln befreien.

Vielleicht ist der Weg zur gestandenen Volkspartei dann wieder frei.

Im jungfräulichen Jahr 2011 steht jedoch nicht nur auf landespolitischer Ebene eine wichtige

Wahl an. Nach 3 Jahren im Amt wird der scheidende Juso-Kreisvorsitzende SL-FL Immo Degner das sozialdemokratische Führungssiegel weiterreichen. „Irgendwann ist es Zeit die Verantwortung weiterzugeben und Platz für die zahlreichen aufstrebenden Jusos zu machen. Gerade wenn man mit dem Führungstitel „Kreisdackelpräsident“ belegt wird, ist dies ein Zeichen dafür, das Ruder weiterzurreichen“, bemerkt Immo schmunzelnd.

„Ich bin mir sicher, dass die Jusos SL-FL auch 2011 die Weichen für ein erfolgreiches und sozialdemokratisches Jahr stellen werden.“

Jusos SL-FL

Wir sind am Start!

AG „Positionierung sozialdemokratischer Ziele und Werte in Abgrenzung des Neoliberalismus“

In dieser AG arbeiten mit Anne Marxen (verantwortlich), Ralf Wrobel, Tom Landfester, Hans Christian Biermann, Thorsten Schacht, Jan Thorben Book und Lutz Hippe.

Als Grundlage für diese AG dient der Antrag L 1 vom a. o. Landesparteitag (LPT) am 06.02.2010 in Neumünster; IV. „Gefährdete Identität der Sozialdemokratie, das eigene Programm leben“ und die „Ziele und Werte“ des „Hamburger Programms“ aus dem Jahr 2007.

Die AG hat sich bisher 2mal getroffen und Material zu den o.g. Themen als auch zum Thema „Neoliberalismus“ gesammelt und besprochen.

Bis zum nächsten Treffen der AG im Januar 2011 sollen folgende Themen behandelt und Thesen formuliert werden:

1. Neoliberalismus und Wirtschaftsliberalismus – was ist in der SPD in den 10 Jahren der Politikverantwortung falsch gelaufen?
2. Ist der Neoliberalismus mit der Sozialdemokratie falsch gelaufen?
3. Lebt die SPD ihre Ziele und Werte aus dem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 („Hamburger Programm“)?

SPD KV-INTERN

4. Die Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat unsere Gesellschaft verändert – Städte und Kommunen bluten aus – die Reichen werden gefördert und der „kleine Mann“ muss die „Suppe auslöffeln“. Wie können wir dieser Entwicklung entgegen treten?

Wer Interesse an der Mitarbeit in dieser AG hat, meldet sich bitte bei Anne Marxen über E-Mail: anne@familie-marxen.de.

Kreisverband Schleswig-Flensburg setzt ihren Schwerpunkt auf die Basis

Auf der konstituierenden Sitzung am 14. Juni 2010 legte der neu gewählte Kreisvorstand seine erste Arbeitsverteilungen fest. Für die nächsten Jahre hat sich der Kreisvorstand große Ziele gesteckt und viele Aufgaben vorgenommen.

Es soll vor allen Dingen die Arbeit an der Basis und in den Ortsvereinen unterstützt und diese sollen in die Arbeit mit eingebunden werden. Für diejenigen Mitglieder, die keinen Zugang zum Internet haben, soll die interne Kommunikation verbessert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist es, rechtzeitig Hilfen und Unterstützung für Ortsvereine in Bezug auf die Kommunalwahlen 2013 zu leisten, die in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion vorbereitet werden sollen. In Arbeitsgruppen werden Schwerpunkte zur Unterstützung der Ortsvereine festgelegt und in einer anderen sollen Fragen formuliert werden, die telefonisch bei den Mitgliedern abgefragt werden.

Arbeitsgruppen des Kreisvorstandes

„AG Ortsvereine – Konsequenz der Analyse zur Kommunalwahl“ mit den Mitgliedern Ralf Wrobel (verantwortlich), Hans Christian Biermann, Anne Marxen, Jan Thorben Book, Rotraud Rasch und Tom Landfester.

AG „Interne Kommunikation, - Mitglieder, - Ortsvereine, - Kreisvorstand / Kreistagsfraktion“

mit den Verantwortlichen Karsten Stühmer und Gerhard Schulz.

AG Neumitgliedertreffen bzw. –betreuung. Verantwortliche Hanna Hansen und Karsten Stühmer

AG Parteitag-Gestaltung zur Vorbereitung des KPT 2011 mit den Verantwortlichen Hanna Hansen und Antje Schümann.

AG „Positionierung sozialdemokratischer Ziele und Werte in Abgrenzung des Neoliberalismus“. In dieser AG arbeiten mit Anne Marxen (verantwortlich), Ralf Wrobel, Tom Landfester, Hans Christian Biermann, Thorsten Schacht, Jan Thorben Book und Lutz Hippe.

AG „Weiterentwicklung sozialdemokratischer Bildungspolitik in Schleswig-Holstein“. In dieser AG arbeiten mit Bettina Koch (verantwortlich), Holger Groteguth, Antje Schümann und Dr. Hans-Werner Johannsen

Der Kreisvorstand freut sich über die Mitarbeit von Interessierten aus den Ortsvereinen in den Arbeitsgruppen.

Ortsvereinsbetreuerinnen und – Betreuer

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bietet Hilfestellungen und Unterstützung an für die Ortsvereine. Bitte scheut euch nicht, diese Hilfe bei euch vor Ort in Anspruch zu nehmen. Sie unterstützen euch z. B. bei Mitgliederversammlungen, Jahreshauptversammlungen und stehen euch mit Rat und Tat zur Seite.

Hier im Einzelnen die Betreuungsbereiche und zuständigen KV-Mitglieder:

Ortsvereine im Amt Schafflund, Amt Oeversee, Ortsvereine Harsilee und Handewitt: Ingo Obst, Telefon (privat) 04602-96636.

Ortsvereine in den Ämtern Hürup und Langballig: Antje Schümann, Tel. (privat) 04634-9274.

Ortsverein Glücksburg: Hans Christian Biermann, Tel. (privat) 04641-32723.

SPD KV-INTERN

Ortsvereine im Amt Mittelangeln: Jan Torben Book, Tel. (privat) 04637-963576.

Ortsvereine im Amt Geltinger Bucht: Bente Reimer, Tel. (privat) 04643-189981.

Ortsvereine im Amt Kappeln-Land und Ortsverein Kappeln: Thorsten Schacht, Tel. (privat) 04642-4972.

Ortsvereine im Amt Süderbrarup: Anne Marxen, Tel. (privat) 04641-9879107.

Ortsvereine im Amt Südangeln: Karsten Stühmer, Tel. (privat) 04622-180946.

Ortsvereine in den Ämtern Eggebek und Arensharde: Hanna Hansen, Tel. (privat) 04626-1341.

Ortsverein Schleswig: Birte Pauls, Tel. (privat) 04621-200746 und Holger Groteguth (privat) 04621-28203.

Ortsvereine im Amt Haddeby: Rotraud Rasch, Tel. (privat) 04621-30214.

Ortsvereine im Amt Kropp-Stapelholm: Andreas Pauls Tel. (privat) 04883 – 615 und Tom Landfester Tel. (privat) 04621 - 37386.

Teure Aussichten für Gemeindestraßen?

Der Kreisverband der SPD Schleswig-Flensburg hat sich am 1. September 2010 im Bürgersaal des Kreishauses in Schleswig mit dieser Frage beschäftigt und Aspekte über EU Förderungsmöglichkeiten für ländliche Wegenetze von den Referenten Hermann-Josef Thoben, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Werner Detlefsen, Schwarzdeckenunterhaltungsverband (SUV) Süd und Wolfgang Baier (SUV Nord) erläutert.

Herr Thoben erläuterte in seinem Eingangsreferat die Fördermittel der EU. Nach einer EU-Verordnung sind 50% der Fördermittel für Gemeindewege vorgesehen. Nachdem der

Landesrechnungshof eine Prüfung vorgenommen hatte über Unterhaltungs- Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen wurde dem Land SH lediglich 135.000 € pro Jahr mit einem Gesamtvolumen von 1 Million € für die Zeitspanne von 2007 bis 2013 zur Verfügung gestellt. Nach massiver Kritik und der Durchführung einer Studie durch die gemeinsame Trägerschaft der Akademie für die Ländlichen Räume, dem Bauernverband und dem Gemeindetag in Schleswig-Holstein zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Wegenetzes in Auftrag gegeben.



Für die Jahre 2009 bis 2013 wurden von der EU zusätzliche Mittel in Höhe von 13 Millionen € für SH zugewiesen.

Anschließend nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen an die Referenten zu stellen. Es wurden Fragen zum privilegierten Bauen von Biogasanlagen und Schweinemastbetriebe und zu Kernwegenetzen gestellt. Sie werden oft dort gebaut, wo die Straßen viel zu eng seien. Herr Thoben erklärte, dass privilegiertes Bauen Bundesrecht sei. Die Gemeinden müssten in dem Verfahren nur gehört werden. Die Gemeinden haben kein Einflussrecht bei Infrastrukturfragen.

Zum Thema Kernwegenetze empfiehlt Herr Thoben, dass Anliegerleistungen in den Gemeinden „gebunkert“ werden.

Da die EU nur 50% Fördermittel bereitstellt werden und der Rest für die Sanierung der Kernwege die Anlieger tragen müssen, empfanden die Anwesenden als ungerecht. Anlieger haben für diese Wege keinen Nutzen, da diese zumeist von Lohnunternehmern mit ihren 50-Tonnen-Lastzügen kaputt gemacht werden. Es werden immense Kosten auf die

SPD KV-INTERN

Gemeinden zukommen, zumal die Schwarzdeckenwege schon über 30 Jahre alt seien. Herr Baier berichtet, dass in einigen Gemeinden im Kreis SL-FL Hansegrat verwandt wird, ein Gemisch aus gebrochenem Stein, Muschel- und Splittmaterial. Die Kosten für Hansegrat betragen 10 bis 13 € pro qm.

Jürgen Augustin, Bürgermeister von Nübel, berichtet, dass Tonnenlasten nicht kontrolliert werden. In der Gemeinde Nübel hat die Gemeinde zusammen mit den Betreibern von Biogasanlagen ein Wegekonzept erarbeitet. Gemeindewege lassen es nicht zu, höhere Lasten als 50 Tonnen zuzulassen. Bei der Traglasthöhe haben die MdL keinen politischen Einfluss. Dieses regelt der Bund und die EU. Es wird empfohlen, dass die Gemeinden eine Satzung für Kernwege erstellen. Das Recht über die Wege regelt das Kommunalabgabengesetz

§ 8. Kernwege ausweisen bedeutet nicht, dass die Wege verbreitert werden müssen. Wenn Fördermittel beantragt werden, müssen die Wege breiter angelegt werden. Es wird empfohlen, sich von den Fördermitteln frei zu machen, wichtig ist es, sich mit den Bürgern zusammzusetzen und ein Wegekonzept zu erarbeiten, wo die Wege für die Bevölkerung Vorrang haben und dann erst in zweiter Linie die Industriewege berücksichtigt werden. Im Fall der Gemeinde Nübel gibt es die Lösung der Einbahnwege für Schwerlastfahrzeuge.

Ein weiterer Konsens wurde auf der Veranstaltung gefasst, dass über die MdL eingewirkt werden sollte, politisch das Modell aus Niedersachsen für das Land SH zu übernehmen. Hier sammeln die Gemeinden 10 Jahre ihre Eigenleistungen an, bevor die Wege saniert werden. Die Kosten für die Wegesanieerung werden zu etwa 50% von der EU gefördert und den Rest bringen die Gemeinden als Eigenleistungen auf. Diese 50% Eigenleistungen werden auf die Landwirte z. B. pro Hektar 25 bis 30 € und pro Anlieger pro 1000qm mit 100 € in der Satzung festgeschrieben.

Arbeitsintensiver Landesparteitag in Kiel

Auf dem Landesparteitag (LPT) in Kiel am 11.

September 2010 beschäftigten sich 200 Delegierte mit umfangreichen Anträgen und Änderungsanträgen zu den Schwerpunktthemen Bildung, Fehmarn-Belt-Querung und Innerdemokratische Demokratie. Die Delegierten des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg reichten eine Resolution zum Thema „Die Kinder der dänischen Minderheit sind 100% wert“ ein, die vom LPT angenommen wurde. Hier der Wortlaut der Resolution:

Resolution

Kinder der dänischen Minderheit sind 100% wert!

Die SPD in Schleswig-Holstein erklärt sich am 11. September 2010 auf ihrem Landesparteitag solidarisch mit der dänischen Minderheit bei ihrer Forderung nach Anerkennung auf Gleichbehandlung mit anderen Schulen in Schleswig-Holstein. Für Schülerinnen und Schüler dänischer Schulen will das Land nur noch 85 % des üblichen Betrages zahlen. Andere öffentliche Schulen erhalten weiterhin 100 %.

Der Landesparteitag der SPD lehnt eine Diskriminierung der dänischen Schulen ab und fordert die Landesregierung zur Gleichbehandlung mit den anderen öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein auf. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler in der dänischen Minderheit sind deutsche Staatsbürger. Sie bezahlen in Deutschland ihre Steuern zu 100% und haben daher auch einen Anspruch an eine 100%ige Anerkennung der Schülerkostensätze.

Mit einer Kürzung der Zuschüsse an dänischen Schulen um 15 Prozent verstößt die Landesregierung gegen das Schulgesetz von 2007, worin festgelegt wurde, dass Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen 100%ige Schülerkostensätze gewährt werden wie Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen. Außerdem verstößt eine Kürzung für Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit den vom einstigen CDU-Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten Text in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955. Im Kapitel I ist für die dänische Minderheit das „Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung,

SPD KV-INTERN

seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.“ verankert. Im Kapitel II heißt es weiter „Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus Öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.“

Ralf Wrobel mit überzeugender Mehrheit als neuer SPD-Kreisvorsitzender gewählt



In sehr harmonischer Atmosphäre fand der SPD-Kreisparteitag Schleswig-Flensburg am 12. Juni 2010 in Schaalby statt und hatte sich ein großes Arbeitsprogramm gesetzt. Nach der Begrüßungsrede von Ralf Wrobel richteten Christian Reimer vom Kreisvorstand der SPD in Flensburg und der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix als Vorsitzender des SPD Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde und für die Betreuung des Kreises Schleswig-Flensburg zuständiger Bundestagsabgeordneter ihre Grußworte an die Delegierten.

Neben den Wahlen war das Referat von Olaf Scholz, SPD-Landesvorsitzender in Hamburg zum Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ ein Mittelpunkt des Kreisparteitages. Olaf Scholz begann seinen Beitrag mit dem Satz "Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur". Eine demokratische Gesellschaft muss es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, mit Arbeit ihr Leben sichern zu können.

Unsere heutige Gesellschaft erfüllt diese Aufgabe nicht.

Lange und hohe Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlich drängendes Problem, das an den Wurzeln unseres Gemeinwesens nagt. Darum darf eine demokratische Marktwirtschaft das Ziel der Vollbeschäftigung nie aufgeben. Vorübergehende Arbeitslosigkeit wird zu keiner Zeit ganz vermieden werden können. Seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ist in Deutschland die Zahl der Menschen, die dauerhaft ohne Arbeit sind, kontinuierlich gewachsen. Wurde an der Schwelle von den Sechzigern zu den Siebzigern die Arbeitslosigkeit nur von wenigen Hunderttausend als dramatisches Problem empfunden, hat sich seither ein großer Teil der politischen Eliten mit der angeblichen Unveränderlichkeit millionenfacher Arbeitslosigkeit abgefunden. Das ist zynisch.

Olaf Scholz ging außerdem auf die verstärkte Zunahme von befristeten Arbeitsverträgen ein.

Von dem Beschäftigungsförderungsgesetz, das 1985 von dem damaligen CDU Arbeitsminister Norbert Blühm verabschiedet wurde, haben die Arbeitgeber in ungehöriger Weise Gebrauch gemacht. Es ist nicht hinnehmbar, dass heute nur noch 50% der Arbeitsverträge unbefristet abgeschlossen werden.

Die Möglichkeit der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung gehört abgeschafft, so Scholz.

Er führte weiterhin aus, dass Leiharbeit allgemein verbindlich tarifvertraglich abgesichert werden muss. Die Zahlung von gesetzlichen Mindestlöhnen – wie sie vergleichbar in vielen europäischen Ländern üblich seien - sind das Gebot der Stunde.

In der Arbeitsmarktvermittlung durch die Agentur für Arbeit müssen gute Angebote gemacht und Missbrauch verhindert werden. In anschließender Aussprache wurden Themen wie Qualifizierung, das Sparpaket der Bundesregierung und die daraus beabsichtigten Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (Alg II), die Situation junger Menschen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen, Problematik bei der Grundsicherung für Alg II-Empfängerinnen und Empfänger, Forderung nach Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch und viele andere

SPD KV-INTERN

Themen angesprochen, zu denen Scholz Stellung nahm.

In seinem mündlichen Rechenschaftsbericht ging der amtierende Kreisvorsitzende Ralf Wrobel auf die Schwerpunkte der Arbeit des Kreisvorstandes in seiner zu verantwortenden Amtszeit seit Oktober 2009 ein und betonte die gute Zusammenarbeit innerhalb des Kreisvorstandes. In dieser Zeit sind wichtige Aufgaben angefangen und Arbeitsthemen behandelt worden, die von dem neu zu wählenden Kreisvorstand fortgeführt werden müssen. Als Schwerpunkte nannte er u. a. die Nachbereitung der Landtags- und Bundestagswahlen, Auftrags erledigungen zusammen mit der Kreistagsfraktion aus den Nachbereiterunden der Kommunalwahl, Anträge für den Landesparteitag mit Schwerpunkt Bildung und Auswirkung für die Region Schleswig-Flensburg durch die Fehmarn-Belt-Querung. Wichtiges Ziel für die Zukunft, so Wrobel, sei es, die über 60 Ortsvereine im Kreis Schleswig-Flensburg bei ihren Aufgaben zu unterstützen und für Entscheidungsfindungen die Meinung der Basis einzuholen. „Wir müssen mit den Menschen in unserer Region sprechen, ihre Sorgen und Nöte aufnehmen und sie von unserer Politik überzeugen“.

Bei den sich anschließenden Neuwahlen des SPD-Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg wurde Ralf Wrobel mit großer Mehrheit – er erhielt 92,4% der Stimmen - zum Kreisvorsitzenden gewählt. Dem neuen Kreisvorstand gehören weiterhin Birte Pauls aus Schleswig als 1. stellvertretende Vorsitzende und Karsten Stühmer aus Schaalby als 2. stellvertretender Vorsitzender an. Als Schriftführerin wurde Hanna Hansen aus Treia und als Kreis-kassierer Ingo Obst aus Freienwill in ihren Ämtern bestätigt. Vervollständigt wurde der neue Vorstand durch Anne Marxen aus Steinfeld als Beisitzerin für Pressearbeit, Andreas Pauls aus Norderstapel als Beisitzer für Internetarbeit und die weiteren Beisitzerinnen und Beisitzer Rotraud Rasch aus Fahrdorf, Bente Reimer aus Gelting und Antje Schümann aus Husby, Hans-Christian Biermann aus Busdorf, Jan Thorben Book aus Sterup, Holger Grote-

guth aus Schleswig, Tom Landfester aus Busdorf und Thorsten Schacht aus Kappeln gewählt.

Ralf Wrobel bedankte sich anschließend bei den ausgeschiedenen Kreisvorstandsmitgliedern Marina Eibich, Dirk Peddinghaus, Helmut Friedrich, Jörg Joosten und Peter Casper für ihre geleistete Arbeit im Kreisvorstand. Gewürdigt wurde von ihm auch die Verdienste der nicht mehr zur Landtagswahl angetretenen ehemaligen Mitglieder des Landtages Anna Schlosser-Keichel und Holger Astrup. Der Kreisparteitag beschloss anschließend Anträge. Zum Thema „Neue Ämterordnung“ wurde 1 Antrag an den a. o. Landesparteitag am 11. September in Kiel weitergeleitet. Den Antrag „Mitgliederbeitragsverteilungen“ soll der Kreisvorstand im Rahmen eines Kreisverbandsausschusses mit den Ortsvereinen und dem zuständigen Vertreter des Landesvorstandes erörtern. 2 Anträge zum Thema „Bildung und Ausbildung“ wurden an den a. o. Landesparteitag überwiesen. Ein Antrag zum Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ fordert Nachregelungen zum Positionspapier des SPD-Bundesvorstandes, der an den SPD-Bundeskongress am 26. September 2010 in Berlin überwiesen wurde. Der Antrag „Lotsenpflicht in Kadetrinne“ wurde an die SPD-Landtags-, Bundestags und Europafraktionen überwiesen und der Antrag „Kernwegetze in den Gemeinden“ wird in einer gemeinsamen Veranstaltung der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes behandelt, wozu alle SPD-Ortsvereine eingeladen werden.

Impressum:

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender

der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer

Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen außer Verantwortung der Redaktion.